

■ Türkei kauft Raketenabwehrsystem

Neue Spielräume

Von Jörg Kronauer

Jetzt ist es also soweit: Die Türkei kauft das russische Raketenabwehrsystem »S-400«. Lange ist über das Vorhaben diskutiert worden. Nun hat Ankara offenbar Nägel mit Köpfen gemacht, die letzten offenen Fragen in puncto Finanzierung geklärt und den Kaufvertrag unterschrieben. Sogar eine erste Anzahlung habe man bereits getätigt, teilte Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan mit. Die Türkei erhält also eine moderne, hocheffiziente Flugabwehr, die feindliche Kampfflieger – angeblich auch Tarnkappenjets –, Drohnen, Marschflugkörper sowie taktische Raketen unschädlich machen kann.

Der sich anbahnende Deal hatte in den vergangenen Monaten hinter den Kulissen erheblich Furore gemacht. Einige NATO-Staaten, vor allem die USA, hatten Druck auf Ankara ausgeübt, den Plan fallenzulassen und statt dessen etwa »Patriot«-Raketen zu kaufen. Denn muss man nicht befürchten, dass das S-400-System von Moskau als trojanisches Pferd genutzt wird, um zum Beispiel an NATO-Aufklärungsdaten zu gelangen? Moskau hat stets eingewandt, dass ein anderer NATO-Staat – nämlich Griechenland – seit Jahren das russische Vorgängermodell »S-300« nutzt, ohne dass das westliche Kriegsbündnis daran zerbrochen wäre. Entpuppt sich der Appell an die türkische Bündnissolidarität also als bloßes Verkaufsmanöver, um der US-Rüstungsindustrie ein Milliardengeschäft zu sichern?

Ganz so einfach liegen die Dinge nicht. Die Türkei hatte bereits als

Erdogan noch Ministerpräsident war begonnen, sich außenpolitisch neue Spielräume zu verschaffen. Bestrebungen, vor allem im regionalen Umfeld und in der islamischen Welt größeren Einfluss zu gewinnen, sind seit Jahren zu beobachten. Immer wieder ist von »Neo-Osmanismus« die Rede gewesen. Hinzu kommt, dass Ankara sich erkennbar nach Osten orientiert. Seit 2012 ist die Türkei »Dialogpartner« der Shanghai Cooperation Organisation (SCO), eines um Russland und China zentrierten sicherheitspolitischen Bündnisses, das auch eine militärische Komponente umfasst. Zuweilen wird sogar über einen türkischen SCO-Beitritt diskutiert. Erdogans Politik gegenüber Berlin und der EU spricht Bände: Eine exklusive Bindung an den Westen will Ankara nicht mehr.

Ist der S-400-Kauf das Signal für eine tiefgreifende Umorientierung hin zu Russland? Nun, der Abschuss der »Su-24« im November 2015 im syrischen Luftraum ist nicht vergessen – ein einfacher Verbündeter ist Erdogan auch für Moskau nicht. Sorgen machen sich führende NATO-Mächte gleichwohl. Es wird kein Zufall sein, dass die Bundesregierung etwa die Bemühungen von Rheinmetall unterstützt, sich an der Produktion von Panzern und Munition in der Türkei zu beteiligen: Das könnte dazu beitragen, Ankaras Bindungen an den Westen zu stärken. Welche militärisch-taktischen Implikationen der S-400-Deal auch haben mag: Im erbitterten Kampf um die Anbindung Ankaras ist er für den lange so erfolgsverwöhnten Westen ein ernster Schlag.

■ Fake-Copyright-Inhaberin des Tages

Naruto



ARANTO SANTOS/MACACA NIGRA PROJECT/DPA

Ein kleiner Schritt für Naruto, aber ein großer für ihre und andere Spezies. Die Organisation PETA (People for the Ethical Treatment of Animals) hat, wie Medien am Dienstag berichteten, erfolgreich die Urheberrechte der Makakendame verteidigt. Am Montag hat sie sich darüber außergerichtlich mit dem Naturfotografen David J. Slater geeinigt. Der hatte Naruto vor sechs Jahren auf der indonesischen Insel Sulawesi kurz eine Kamera überlassen. Sie lächelte verschmitzt, drückte auf den Auslöser und produzierte so ein süßes »Selfie«.

PETA forderte nun 2015 im Namen des »nichtmenschlichen Tieres«, dass dieses als Urheberin an den Einnahmen aus der Verbreitung des Bildes beteiligt werden müsse. Wer nun aber glaubt, Naruto könne

jetzt endlich mal verreisen oder sich eine neue Kücheneinrichtung leisten, hat sich geirrt. Slater willigte vielmehr ein, 25 Prozent aller mit dem Foto künftig erzielten Einnahmen nicht ihr, sondern Organisationen zu überweisen, die sich nach eigenen Angaben für den Schutz der Makaken in Indonesien einsetzen.

PETA behauptet, im »Interesse« aller Tiere zu handeln. In dieser Logik hatte die Organisation zunächst argumentiert, sie selbst sollte das Copyright am Affenselfie bekommen. Slater hatte das zunächst für einen Fall von Wahnsinn gehalten. Da PETA aber eine teure Anwaltsfirma bezahlen kann, lenkte er nun offenbar ein. Es fragt sich, was nun mit dem Recht von Katzen, Hunden, Störchen oder Zebras an ihrem eigenen Bild ist. Millionenfach verbreiten Leute ungefragt Schnappschüsse von ihnen im Internet. Müssen sie sich künftig auf Geldbußen einstellen, zu entrichten an PETA und Co.? Ganz zu schweigen von den Tausenden, die Videos von Missgeschicken ihrer kleinen Lieblinge an »Upps! Die Pannenshow« senden. Sicherer vor Strafverfolgung sind in jedem Fall diejenigen, denen die Würde ihrer Mitmenschen am Allerwertesten vorbeigeht. **Jana Frielinghaus**

»Neue Seidenstraße war eine unserer Ideen«

Die »Bürgerrechtsbewegung Solidarität« definiert ihre Rolle anders als andere Kleinparteien. Gespräch mit Helga Zepp-LaRouche

Büso ist für eine Kleinpartei vergleichsweise alt. Die Plakate waren gefühlt immer da. Wofür steht die »Bürgerrechtsbewegung Solidarität«?

Wir wollen ein neues Paradigma in der Politik – weg von der Geopolitik hin zu den gemeinsamen Zielen der Menschheit. Wir sind der Meinung, dass eine Fortsetzung der Geopolitik die Gefahr der Konfrontation mit Russland und China beinhaltet. Das ist einer der Gründe, warum wir die Initiative von Xi Jinping unterstützen, eine neue Seidenstraße zu schaffen auf der Basis einer Win-Win-Kooperation zwischen allen Nationen dieser Welt.

Jetzt würden Transatlantiker einwenden, dass dies nach einer Eurasischen Union klingt. Was halten Sie dem entgegen, oder stimmt das vielleicht sogar?

Das geht weit darüber hinaus. Dieses neue Modell der wirtschaftlichen Kooperation hat etwa in Lateinamerika und vor allen Dingen in Afrika Anklang gefunden. Das sprengt den Rahmen einer eurasischen Union ziemlich offensichtlich. Wir sehen in dieser Entwicklung Afrikas die einzige Chance, wie man die Flüchtlingskrise auf einer humanen Basis lösen kann: Indem man endlich die Konsequenzen des Kolonialismus und der folgenden IWF-Kreditbedingungen bekämpft. Nur eine Entwicklung der Infrastruktur schafft die Voraussetzungen für eine wirkliche Entwicklung des ganzen Kontinents.

Wie stehen Sie dazu, dass so viele Menschen nach Deutschland kommen?

Ich denke, Deutschland muss ein Einwanderungsland bleiben. Schon wegen der demographischen Kurve ist dies gar nicht anders möglich. Wenn wir



THEBRO-KONFERENZ/REUTERS/ALAMY FOR PEACE/CC BY-SA 3.0

Helga Zepp-LaRouche ist Parteivorsitzende der »Bürgerrechtsbewegung Solidarität«

eine Begrenzung für die Einwanderung festlegen, würden wir sehr schnell eine noch mehr vergreisende Gesellschaft sein, mit enormen ökonomischen Folgen.

bleiben wir bei innenpolitischen Themen, was haben Sie Menschen, die Ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, zu bieten?

Wir haben in Europa generell das Problem der Jugendarbeitslosigkeit, das gerade im Süden gewaltige Konsequenzen hat. Wenn ein Drittel der Jugendlichen weder in Beschäftigung noch in Ausbildung ist, bedeutet das, dass sie keine Zukunft haben. Und auch in Deutschland haben wir ein riesengroßes Armutproblem, was selbst die Bundesregierung in ihrem Armutsbericht zugeben muss. Menschen, die das Unglück haben, in arme Familien geboren zu werden, haben wenig Chancen, dem unter den jetzigen Umständen zu entkommen.

Wie also wollen Sie umverteilen?

Es geht uns nicht so sehr ums Umverteilen, obwohl natürlich eine ande-

re Steuergesetzgebung sinnvoll wäre. Was aber drängend ist, ist die Schaffung neuer produktiver Arbeitsplätze, dem könnten wir uns mit dem Projekt der neuen Seidenstraße nähern. Wir müssen zum Beispiel mehr Energie in die Grundlagenforschung stecken, mehr auf die Ausbildung von Avantgardetechnologien setzen. Im Grunde würden wir die Produktivität der gesamten arbeitenden Bevölkerung erhöhen durch diese Art der zukunftsorientierten Kooperation. Wir müssten machen, was China heute tut. Das Land legt großen Wert auf Exzellenz in der Ausbildung, besonders in den Natur- und Ingenieurwissenschaften. Das ist exakt das, was Deutschland zur Zeit des hiesigen Wirtschaftswunders gemacht hat, während wir uns nun leider dem Diktat der Banken unterworfen haben, weshalb diese ganzen Missstände existieren.

Für wie realistisch halten Sie es, dass Ihre Konzepte aufgegriffen werden?

Die Vision der neuen Seidenstraße war eine unserer Ideen für eine Friedensordnung für das 21. Jahrhundert. Dafür arbeiten wir seit 26 Jahren, und die chinesische Regierung erkennt unseren Anteil an dieser Perspektive durchaus an. In den Artikeln der dortigen Presse kommen wir durchaus fairer vor als in der hiesigen Mainstreampresse. Wir sind also eine Partei, die auf einer ganz anderen Ebene operiert als andere sogenannte kleine Parteien. Und ich würde hoffen, dass sich dies auch in Wahlstimmen umsetzt.

Würden Sie sich selbst als Sozialistin bezeichnen?

Ich würde mich als Humanistin bezeichnen, als Weltbürgerin.

Interview: Anselm Lenz

■ Abgeschrieben

Die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ulla Jelpke, äußerte sich gestern zur für Dienstag abend angekündigten Sammelabschiebung von Afghanen:

Mit einer neuerlichen Sammelabschiebung nach Afghanistan hofft die Bundesregierung wohl, Eindruck bei AfD-Sympathisanten zu schinden. Wer Leben und Gesundheit von Flüchtlingen durch Abschiebungen in den Krieg zu Wahlkampfzwecken aufs Spiel setzt, hat jeden Respekt vor den Menschenrechten verloren. Bis heute kann die Bundesregierung die vermeintlich sicheren Gebiete in Afghanistan nicht benennen. Kein Wunder, denn das ganze Land ist Kriegsgebiet, in dem weder Taliban noch NATO-Bomber Rücksicht auf Zivilisten nehmen und korrupte Sicherheitskräfte Menschenrechte mit Füßen treten. In so ein Land darf es keine Abschiebungen geben. Ich begrüße die angekündigten Proteste zivilgesellschaftlicher Gruppen und hoffe, dass die Abschiebung in den Krieg verhindert werden kann.

Das Netzwerk Cuba e. V. veröffentlichte am Sonntag einen Spendenaufruf:

Die verheerenden Folgen des Su-

per-Hurrikans »Irma« auf mehreren Inseln der Karibik sind ein schwerer Schlag für die Betroffenen. Die Bilder und Berichte über die Schäden und Verwüstungen sind schockierend. Der Hurrikan hat mit Windgeschwindigkeiten bis zu 260 km/h trotz der aufwändigen Schutzvorkehrungen im Osten und an der gesamten Nordküste Kubas immense Schäden angerichtet, die regionale Infrastruktur, Schulen und Produktionsstätten beschädigt und einige Wohnbezirke zerstört. Das Eindringen des Meeres und über sechs Meter hohe Wellen verursachten schwere Schäden an den Ufern der gesamten Region. Betroffen sind vor allem die zentralen Provinzen Las Tunas, Camagüey, Ciego de Avila, Sancti Spiritus, Villa Clara, Cienfuegos. Die Provinzen Matanzas, Havanna und Artemisa waren über 40 Stunden den Stürmen und Wassermassen ausgesetzt. Entsprechend hoch sind die entstandenen Schäden.

Dass nur wenige Menschenopfer und nicht noch mehr Zerstörungen zu beklagen sind, ist den aufwändigen und kostspieligen Sicherheitsvorkehrungen in Kuba zu verdanken. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage wurden diese in gewohnt professioneller und sorgfältiger Weise vorge-

nommen. Die UN und internationale Hilfsorganisationen haben die bisherige Qualität der kubanischen Krisenbewältigung wiederholt gelobt und als Vorbild empfohlen. Rechtzeitig sind Tausende Menschen in den Evakuationszentren eingetroffen, die der kubanische Staat zum Schutz der Bevölkerung einrichtete.

Diese aufwändigen Maßnahmen und die Behebung der Zerstörungen sind mit extrem hohen Kosten verbunden, die Kuba allein nicht zu tragen vermag. Daher werden auch in Kuba dringend Finanzmittel für den Wiederaufbau von Schulen, Ärztezentren, Wohnhäusern, Straßen, Brücken etc. benötigt.

Aufgrund der Schwere der Zerstörungen und Schäden durch den Hurrikan in Kuba rufen wir die Bürgerinnen und Bürger, die Sozialverbände und Kirchen, sowie die Bundesregierung nachdrücklich dazu auf, großzügige Geldspenden zur Hilfe in Kuba zu übermitteln.

Spenden (diese werden von uns an die zuständige kubanische Institution überwiesen) bitte an:

■ Netzwerk Cuba e. V., Berlin
DE58 1001 0010 0032 3331 00
BIC: PBNKDEFF

Verwendungszweck:
»Spende Hurrikan Irma«